

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 005/06 – 10.01.06**

## **Innenminister Schily, Generalbundesanwalt Nehm und das Bundeskriminalamt ließen auch im Auftrag des FBI im Libanon foltern**

Viele erfuhren es, niemand tat etwas dagegen

Im Sommer 2002 ordnete der damalige Innenminister Otto Schily (SPD) den Ausbau der polizeilichen Zusammenarbeit mit dem Libanon und mit Syrien an. Ein im Libanon stationierter Beamter des Bundeskriminalamtes (BKA), das damals Schily unterstand, übernahm die Koordination dieser Zusammenarbeit vor Ort in Beirut.

Im Fall des in München lebenden Autohändlers M. Ramez Sultan, eines Libanesen mit australischem Pass, wurde diese Zusammenarbeit konkret. Sultan stand – vermutlich auf Anregung der Münchner CIA-Residentur – wegen des vagen Verdachtes, Mitglied einer terroristischen Vereinigung zu sein, unter der Observation deutscher Dienststellen. Man hätte Sultan in München jederzeit zur Vernehmung vorladen können, wartete aber ab, bis er mit seiner Familie Urlaub im Libanon machte. Am 27. September 2002 wurde Sultan auf Geheiß und mit technischer Unterstützung eines mehrköpfigen BKA-Kommandos – man hatte einen Peilsender an sein Auto montiert – vom libanesischen Geheimdienst verhaftet und in das berüchtigte Beirut-Roumieh-Gefängnis eingeliefert.

Nach Erkenntnissen von Amnesty International werden dort Häftlinge der Ballanco-Foltermethode ausgesetzt. Dabei werden dem Gefangenen die Arme mit Handschellen auf den Rücken gefesselt. Anschließend wird er an den gefesselten Armen mit einem Seil hochgezogen und erleidet, weil sein Körpergewicht ihm die verdrehten Arme auszukugeln droht, unsägliche Schmerzen. Auch Isolationshaft, Nahrungsentzug, schwere Schläge und Elektroschocks durch die Hoden gehören zu den Methoden libanesischer Folterer.

Das BKA hatte dem libanesischen Geheimdienst einen rund 80-seitigen Fragenkatalog übermittelt. Ein von der deutschen Botschaft in Beirut bezahlter Libanese mit eigenem Büro im Botschaftsgebäude, der nach eigener Aussage vom syrischen Geheimdienst ausgezeichnet worden war, leistete laufende Übersetzerdienste. Der umfangreiche Fragenkatalog des BKA wurde unter Folter von Spezialisten der libanesischen Militärgeheimdienstes „durchgearbeitet“. Schon wenige Stunden nach der Gefangennahme Sultans und dann mehrmals täglich kamen „neue Geständnisse“ aus der Folterzelle. Der Übersetzer war auch bei der Erstellung der Folterprotokolle behilflich. „Während drinnen Folter stattfand, las man draußen die Protokolle.“ (s. Quelle 1)

Die unter Folter erpressten Antworten gingen unverzüglich zur Auswertung ins BKA nach Meckenheim und bewirkten die fortlaufende Übermittlung weiterer Ergänzungsfragen nach Beirut. Die US-Polizeibehörde Federal Bureau of Investigation (FBI), die in der BKA-Zentrale in Meckenheim eine Außenstelle unterhält, lieferte einen eigenen Fragenkatalog mit, der ebenfalls in die Folter-Verhöre einbezogen wurde. Diese zogen sich über mehrere Monate hin. In dieser Zeit musste ein schwer gefolterter Gefangener ins Krankenhaus eingeliefert werden, damit er wieder vernehmungsfähig gemacht werden konnte.

Am 20.12.2002 wurde Sultan im Foltergefängnis in Beirut BKA-Ermittlern vorgeführt. Er

spricht gut Deutsch und berichtete ihnen, dass seine angeblichen Geständnisse unter Folter erpresst und falsch seien. Das vermerkten die BKA-Beamten auch in ihrem Verhörprotokoll, überließen Sultan aber anschließend wieder seinen Folterern. Mit inzwischen ebenfalls in Beirut eingetroffenen Beamten des Bundesnachrichtendienstes (BND) und des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) reisten BKA-Leute gleich weiter ins syrische Damaskus, um „Erkenntnisse“ über den dort ebenfalls gefolterten Haydar Zammar, einen deutschen Staatsbürger syrischer Herkunft, abzuschöpfen. Zammar ist nach Aussage seiner deutschen Anwältin bis heute in Syrien inhaftiert.

Sultan wurde von einem libanesischen Militärgerichtshof am 6. Mai 2003 wegen angeblicher „Untergrabung der Staatsautorität“ zu mehrjähriger Haft verurteilt, aber schon nach 18 Monaten entlassen. Nach seinen deutsch-libanesischen Foltererfahrungen lebt er heute völlig verängstigt mit seiner Familie wieder in Australien.

Die Gefangenenfolterungen sind also seit Dezember 2002 im BKA aktenkundig. Intern laufen sie dort unter der Bezeichnung „staatliches Outsourcing von Folter“. Nach Aussage eines BKA-Beamten gehe dort die nackte Angst um, da weitere Einzelheiten aus dem illegalen „Anti-Terror-Kampf“ bekannt werden könnten. (Quelle 2) Wie erst vor einigen Tagen bekannt wurde, soll Generalbundesanwalt Nehm selbst den Auftrag zur Auslagerung deutscher Strafverfolgungsmaßnahmen in einen Folterstaat gegeben haben. Beihilfe dazu leistete dann, wie beschrieben, das BKA. (Quelle 3)

Dem BKA-Team in Beirut gehörte auch der deutsche Ermittler Ralph Trede an, ein Kriminaloberkommissar. Er meldete – wenn auch erst am 26. August 2004 – dem BKA-Präsidenten Zierke persönlich die Foltervorkommnisse in Beirut. Dieser hätte beim Generalbundesanwalt Nehm Anzeige erstatten und der dann ein Ermittlungsverfahren in Gang setzen müssen. Beides erfolgte nicht, stattdessen musste Kriminaloberkommissar Trede seinen BKA-Arbeitsplatz räumen, und wurde wegen Krankheit vom Dienst befreit, weil er nicht länger bereit war, über die Beiruter Folterungen zu schweigen.

In einem Schreiben vom 24. Februar 2005 bat Ralph Trede, unterstützt von Robert Mayer, einem Polizeihauptkommissar vom Bundesgrenzschutz, die Frau Abgeordnete Dr. Angela Merkel, damals noch in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende der CDU und ihrer Bundestagsfraktion, um persönlichen Schutz vor weiteren Repressalien.

Wörtlich heißt es in dem Schreiben an Frau Merkel unter „Betreff“:

- „A. Verfassungswidrige Handhabung dienstlich gemeldeter Menschenrechtsverletzungen (Art. 20 Abs. 3 GG), (Foltererkenntnisse, gewonnen anlässlich operativer Einsätze des Bundeskriminalamtes im Libanon)
- B. Verletzung internationaler Vertragspflichten auf dem Gebiet des Schutzes der Menschenrechte
- C. Verdacht der Strafvereitelung im Amte,

gerichtet gegen:

- a) den Präsidenten des BKA, J. Zierke
- b) Herrn Bundesminister des Innern, Otto Schily
- c) Herrn Generalbundesanwalt K. Nehm und involvierte Mitarbeiter“ (Quelle 3)

In dem Schreiben werden der Bericht über die Folterereignisse und die daraus erwachsenen Folgen thematisiert. Frau Merkel hat bis heute nicht geantwortet.

Auch die ebenfalls um Unterstützung gebetenen Fraktionsvorsitzenden Franz Müntefering (SPD), Michael Glos (CSU) und Dr. Guido Westerwelle (FDP) reagierten nicht. Bündnis 90/Die Grünen versprachen nur Unterstützung im Petitionsausschuss des Bundestages.

Die PDS-Abgeordnete Petra Pau wollte „wegen BKA-Personalien“ nicht intervenieren, konnte oder wollte die Tragweite der vorgebrachten Anschuldigen also nicht ausloten.

Auch der Petitionsausschuss, der am 9. März des vergangenen Jahres mit der Angelegenheit befasst wurde, blieb trotz anfänglicher Empörung seines Vorsitzenden Dr. Karlheinz Gutmacher bis heute untätig. (Dieses skandalöse Verhalten des Petitionsausschusses kommt Gegnern des Ausbaus der US-Air Base Ramstein, die ihn auch angerufen haben, sehr bekannt vor!)

(Die Zusammenfassung wurde an Hand folgender Quellen aus [www.german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com) erarbeitet: 1) Täuschen und Lügen, 19.12.05; 2) Die Folterer 06.01.06 ; 3) Und warten Immer noch, 07.01.06)

## **Unser Kommentar**

*Für die unglaublichen Vorgänge um den Münchner Autohändler M. Ramez Sultan trägt nicht nur der damalige Innenminister Otto Schily Verantwortung, weil er die Zusammenarbeit mit libanesischen Folterern eingeleitet und das ihm unterstellte BKA damit betraut hat. Generalbundesanwalt Kay Nehm, der den Auftrag zur Strafverfolgung Sultans unter Folterbedingungen erteilt haben soll, untersteht der heutigen und damaligen Justizministerin Brigitte Zypries, die über sein Vorgehen sicher informiert war. Außenminister Fischer kann nicht verborgen geblieben sein, was sich in Beirut abgespielt hat, weil die ihm unterstellte deutsche Botschaft durch den von ihr bezahlten Übersetzer direkt involviert war. Walter Steinmeier, damals Chef des Kanzleramtes und heute Außenminister, müsste gleich von mehreren Ministerien und Geheimdiensten über die gesetzwidrigen Machenschaften informiert worden sein und kann sie wegen ihrer Brisanz wohl kaum Bundeskanzler Schröder vorenthalten haben. Schröder hätte eigentlich die Pflicht gehabt, nicht nur sein ganzes Kabinett, sondern zumindest auch die Fraktionsvorsitzenden des Bundestages über die Affäre aufzuklären.*

*Die Fraktionsvorsitzenden aller Parteien und eine PDS-Abgeordnete wurden jedenfalls schon vor fast einem Jahr von den Beschwerdeführern Trede und Mayer informiert, unternahmen aber weder etwas zu deren Schutz, noch schritten sie gegen die offensichtlichen Rechtsverstöße und den Bruch unserer Verfassung ein, die in Art. 1 bestimmt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“*

*Dass auch der Petitionsausschuss keinen Anlass zum sofortigen Einschreiten sah, zeigt, was von dieser „letzten Instanz“ zur Wahrung von Bürgerrechten zu halten ist.*

*Das Parlament, die Regierung und die Justiz der Bundesrepublik haben gleichzeitig versagt. Exekutive und Judikative haben sich völkerrechts- und verfassungswidriger Praktiken bedient, die Legislative hat sie tatenlos hingenommen. Alle haben sich vor den Karren der Bush-Regierung und ihrer in der Bundesrepublik agierenden Geheimdienste CIA und FBI spannen lassen. Kann eine Bundesrepublik in diesem Zustand eigentlich noch den Anspruch erheben, ein Rechtsstaat zu sein?*

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**